

**Rede  
des Sprechers gegen Rechtsextremismus**

**Deniz Kurku, MdL**

zu TOP Nr. 27

Erste Beratung

**Entwurf eines Gesetzes zur Bestellung einer oder  
eines Beauftragten gegen Antisemitismus**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD – Drs. 18/2903

während der Plenarsitzung vom 28.02.2019  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Anrede,

aus Respekt vor allen jüdischen Menschen in unserem Land eines gleich vorweg und ganz deutlich: Die Diskussion über die Einberufung einer oder eines Antisemitismusbeauftragten findet nicht erst auf Beantragung der AfD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag statt!

Diese Frage eignet sich in keiner, aber wirklich in keiner Weise, für eine Feigenblatt- oder Alibidiskussion. Vielmehr geht es darum, vor allem mit denjenigen zu sprechen, um die es geht, nämlich mit Menschen jüdischen Glaubens, ihren Vertretern der Jüdischen Gemeinde und der Liberalen Jüdischen Gemeinde. Einen ganz besonderen Dank noch einmal an die Präsidentin Dr. Andretta dafür, dass sie die Debatte bereits im April letzten Jahres angestoßen hat. Unsere Fraktion steht dieser sehr positiv gegenüber!

Fakt ist, dass sich viele jüdische Menschen in unserem Land zunehmend bedroht fühlen. Ein Umstand, den wir nicht zuletzt auch wegen unserer besonderen historischen Verantwortung ernst nehmen und daraus konkrete politische Schlüsse ziehen müssen. Es betrifft die Bildungs- und Sozialpolitik, Präventions- und Sanktionsmaßnahmen, aber auch die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten für Menschen unterschiedlicher oder eben auch keiner Konfessionen, nur um einige zu nennen.

Ohne Wenn und Aber: Weder tätliche Übergriffe noch die Nutzung des Wortes „Jude“ auf Schulhöfen oder in Betrieben als Schimpfwort dürfen und werden wir jemals tolerieren! Das ist kein Appell allein an uns als politische Vertreter, sondern an alle, die mit uns in Niedersachsen und überall – wo auch immer – in Deutschland leben.

Dankbar bin ich der Landesregierung und unserem Ministerpräsidenten Stephan Weil, dass sie sich – entsprechend der Bedeutung – nicht erst seit gestern mit Jüdinnen und Juden hierzu im Austausch befinden und an dessen Ende – davon bin ich überzeugt – ein gutes Ergebnis stehen wird. Ein Ergebnis, dass sicher

dazu beitragen wird, dem Antisemitismus auch als einer Form der Menschenfeindlichkeit zu begegnen.

Nicht erst die Vorgänge um den Stiftungsrat haben gezeigt, dass sich die AfD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag nicht zu schade ist, die Gefühle unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger je nach Tagesform abhängig für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Wenn Ihnen die Gefühle der Überlenden wichtig gewesen wären, hätten Sie auf eine Organklage vor dem Staatsgerichtshof verzichten können, aber das taten Sie nicht.

Es stellt sich die Frage nach den Motiven, hierfür braucht man keine Tiefenpsychologie.

Ihre Anfrage zu den antisemitischen Übergriffen oder die für mich merkwürdig anmutende Vereinigung der Juden in der AfD macht vor allem eines deutlich: Ihrer Fraktion ist jedes Mittel recht, zu spalten. Spalten als klassische Kernkompetenz, Spalten ist der Markenkern der AfD. Ich bin aber zuversichtlich, dass die Menschen das durchschauen.

Sie werfen uns als allen, uns als Gesellschaft, in Ihrem Antrag die Ignoranz von Problemen und die Stigmatisierung von Zuwanderungskritik als fremdenfeindlich vor.

Eine eindringliche Aufforderung an die Dame und die Herren der AfD: Tun Sie doch nicht ständig so, als ob alle außer Ihnen nicht offen sagen, dass es ein Problem ist, wenn arabisch-, türkisch- oder eben auch deutschstämmige Jugendliche in der Schule jüdische Kinder beschimpfen oder ihnen drohen. Es ist natürlich ein Problem, und das sagen wir auch. Dafür brauchen wir Sie nicht.

Wir nehmen Probleme in unserem Land ernst, schließlich stehen auch wir – egal ob als Abgeordnete, oder wie der Kollege Bernd Lynack zurecht genannt hat, tausendfach ehrenamtlich, kommunalpolitisch oder unabhängig, ob in der FDP, bei den Grünen, den Linken, der CDU, meiner SPD oder woanders – Tag für Tag

in der Pflicht und diskutieren mit den Menschen auf dem Marktplatz, beim Bäcker oder sonst wo.

Der Unterschied ist aber, dass wir nicht versuchen, das Ängsteschüren mit politischer Arbeit zu verwechseln und aus Spaltung Kapital schlagen.

Das empfehle ich Ihnen von der AfD ganz dringend, aber dafür müssten Sie dann mal raus aus Ihren Filterblasen und Echokammern im Internet! Erinnerst mich übrigens manchmal an die vielzitierte „Parallelgesellschaft“, was Sie da online oder im echten Leben machen, wenn man immer nur mit Gleichgesinnten redet. Das können verantwortungsvolle Parteien und Fraktionen sich im Übrigen gar nicht leisten.

Uns geht es in erster Linie um ein Niedersachsen, in dem jede und jeder unabhängig seiner Kultur und Religion in Frieden und ohne Ängste lebt! Das macht sich aber nicht von allein, und gerade wir als Mandatsträger haben eine Pflicht, dies zu unterstützen anstatt zu polarisieren.

Die SPD-Fraktion stützt daher den Weg der Landesregierung, im Dialog mit den jüdischen Vertretern auf Koalitionsebene einen gangbaren und guten Weg zu finden, wie dem Antisemitismus auf allen Ebenen begegnet und Einhalt geboten werden kann.

Eingeschränkte Sichtweisen helfen hierbei nicht weiter!

Danke für die Aufmerksamkeit